Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien des Landes Nordrhein-Westfalen und Chef der Staatskanzlei



Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen Herrn André Kuper MdL Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN 18. WAHLPERIODE

VORLAGE 18/991

A06

14. März 2023

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

anbei übersende ich Ihnen den von Frau Inge Blask MdL der SPD-Fraktion erbetenen Bericht zum TOP "Austausch der Europa- und Städtepartnerschaftsbeauftragten der Kommunen in NRW mit der Staatskanzlei" für die Sitzung des Ausschusses für Europa und Internationales am 17. März 2023.

Ich bitte Sie, den Bericht an den Ausschussvorsitzenden weiterzuleiten.

Mit freundlichen Grüßen

Vatlaned brunts

Nathanael Liminski

Bericht

des Ministers für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales sowie Medien und Chefs der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen

für den
Ausschuss Europa und Internationales
im Landtag Nordrhein-Westfalen

am 17. März 2023 zum Thema

"Austausch der Europa- und Städtepartnerschaftsbeauftragten der Kommunen in NRW mit der Staatskanzlei"

(März 2023)

Die Treffen mit den EU-Beauftragten der Kommunen organisiert die Staatskanzlei seit vielen Jahren als wichtige Austauschmöglichkeit zwischen den europapolitischen Akteuren der kommunalen Familie in Nordrhein-Westfalen und der Landesregierung. Grundsätzlich finden zwei Treffen im Jahr statt, davon eines in der Staatskanzlei. Durch die pandemischen Restriktionen fanden die letzten Treffen rein digital statt.

Aus organisatorischen und Termingründen sowie aufgrund personeller Engpässe konnten 2022 keine Treffen mit den EU-Beauftragten der Kommunen durchgeführt werden. Der nächste Termin findet am 19. April im gewohnten Format in der Staatskanzlei statt.

Die EU-Beauftragten bilden ein lebendiges und intensiv genutztes Netzwerk, das stetigen Zuwachs und positive Rückmeldungen erfährt. Die kommunale Familie benennt EU-Beauftragte gegenüber der Staatskanzlei. Die Landesregierung regt ihrerseits aktiv die Benennung von weiteren EU-Beauftragten durch die Kommunen an. Derzeit werden 148 EU-Beauftragte adressiert. Neben Vertreterinnen und Vertretern aus Kreisen, kreisfreien / kreisangehörigen Städten und Gemeinden gehören auch die kommunalen Spitzenverbände, die Landschaftsverbände, die Europe Direct und Bezirksregierungen sowie regionale Organisationen wie etwa der Regionalverband Ruhr oder der Region Köln / Bonn e.V. zum Kreis der EU-Beauftragten. An den Treffen nehmen durchschnittlich jeweils rund 40 bis 50 Personen teil. Die Termine bieten damit auch ein Forum für den interkommunalen Austausch zu europäischen Themen. Unabhängig von den Treffen versendet die Staatskanzlei durchgehend Informationen zu aktuellen kommunalrelevanten europapolitischen Entwicklungen an die EU-Beauftragten.

Rückmeldungen zufolge schätzen die EU-Beauftragten und Gäste die gemeinsamen Treffen, die damit verbundene enge Anbindung an die politische Ebene der Staatskanzlei und den angebotenen Informationsfluss sehr. Der enge Kontakt zur kommunalen Ebene ermöglicht es der Landesregierung wiederum, aus erster Hand Informationen über die Bedarfe, Chancen und Herausforderungen der kommunalen und auch der zivilgesellschaftlichen Europaarbeit in Nordrhein-Westfalen zu erhalten und europapolitische Themen direkt mit den kommunalen Adressaten zu diskutieren.

Die Arbeit der EU-Beauftragten der Kommunen trägt dazu bei, den europäischen Gedanken noch breiter und tiefer in der nordrhein-westfälischen Gesellschaft zu verankern. Als Wertschätzung und Ermunterung dieser wichtigen Aufgabe setzt die Landesregierung ihr Engagement für die EU-Beauftragten der Kommunen fort.